

# Volks-Zeitung

Stund- und Unstündiger Jahrgang.

**Anzeigenspreise:**  
Die gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Restlinien die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nach an unsere Geschäftsstelle u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheinungstage 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftszeiten: Halle, Haupt-Postamt 1a, Gr. Brauhausstr. 17, Neben-Geschäftsstelle: Große Ulrichstr. 32 und Markt 24, Postfach-Ramo Leipzig Nr. 4009.

**Bezugspreise:**  
Die Halle monatlich bei vorwärtiger Zahlung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, auch die Post monatlich 8.25 Mark, die restliche 24.75 u. s. f. Einmalige Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostenstellen angenommen. Um amtlich Zeitungsvorzeichen unter 6.00-Mark-Zahlung eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Mitteilungen wird keine Berechnung übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der „Volks-Zeitung“ gestattet. Ferner: der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133 u. Nr. 1132, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 60.

Halle, Mittwoch, den 9. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Reichsfinanzen und Ententeforderungen.

Von Dr. Baehnde, M. d. R.

18 Sitzungen hat der Hauptauschuss auf die Beratungen des Etats seit vorigem Herbst verwendet. Wichtige sind dabei nur in ganz geringem Maße erfolgt; es kamen im Gegenteil Wünsche nach Erhöhungen bei den verschiedenen Teilen zum Ausdruck. Am schärfsten sind mit dem 31. März auflaufenden Finanzjahres liegt ein Nettobetrag von 80 bis 90 Milliarden Mark. Auf 79 Milliarden wurde er bereits vor 2 bis 3 Wochen gekürzt. Inzwischen aber sind weitere Forderungen großen Stils hinzugekommen und neue stehen in Aussicht.

Zur die Erwerbslosenunterstützung ist bereits etwa eine Milliarde Mark ausgegeben. Eine zweite Milliarde wurde in einem Ergänzungsetat des Arbeitsministeriums jenseits gefordert und bewilligt. Davon sollen etwa 50 Millionen Reichs-Mark monatlich verwendet werden. Zur Wohnungszwecke haben Reich, Länder und Gemeinden seit dem November 1918 42 Milliarden ausgegeben, ohne daß die Wohnungsnote dadurch höher gelindert wurde. Um nicht aus dem Budget 1921 ungenützt vorübergehen zu lassen, entließ sich die Finanzverwaltung, hier das bisher Geleistete hinaus noch 1 1/2 Milliarden an Zuschüssen für Länder und Gemeinden zu bewilligen, welche ihrerseits durch spätere einzuführende Steuern dafür Deckung bieten sollten. Ob das Reich tatsächlich wieder zu seinem Gelde kommt, ist keineswegs sicher. Einzigweilen schäft die Rentenpreise Deckung.

Ein weiterer in den gedachten 79 Milliarden nicht enthaltener Ausgabenposten betrifft diewendungen des Reiches an die Länder für sozialer Erhöhungen. Weber die 20 Milliarden hinaus, welche die Besoldungsordnung und das Pensionsergänzungsgesetz erfordern, muß das Reich zur Bekämpfung der neuerdings bewilligten Teuerungszulagen etwa vier weitere Milliarden zahlen. Die Länder empfangen einen Zuschuß, die Gemeinden nicht. Der Reichsrat hatte gebeten, wenigstens 100 Millionen auszuwerfen, damit beherrschte Gemeinden in die Lage gesetzt werden, die erhöhten Gehälter zu bezahlen. Welche Gemeinden sich aber heute nicht bedürftig oder würden sich nicht als bedürftig bezeichnen, sobald es gilt, aus einem Fonds Anwendungen zu erlangen. Die 100 Millionen wären dann nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

5 1/2 Milliarden sind fernerhand zur Verbilligung von Auslandsgetreide, 1,3 Milliarden zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke, 500 Millionen für phosphorsäurehaltige Düngemittel, 277 Millionen für Frühlingsprämien bewilligt worden. Nach Milliarden zählende Opfer werden noch erforderlich, um die Anleihe der Reeder zu befriedigen, die ihre Handelsflotte wieder herstellen wollen. Viele Milliarden sind nötig, um die Auslandsdeutschen zu entschädigen, die im Krieg ihr Vermögen verloren haben. Es braucht ferner nur eine neue Zensurzwangswelle oder infolge der beschleunigten Wende der Mietordnung eine erhebliche Wirtschaftsunterbrechung zu kommen; dann ist eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung da, die wiederum Milliarden verschlingt.

Die Finanzlage ist also über alle Maßen trübselig. Dazu kommen die Propagationen des Feindbundes, die sich, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, in Deszension verwandeln und mit Sanitionen enden werden. Noch sind es Verschläge, bald werden es Vorschriften sein, deren Nichterfüllung die angebotenen Strafen noch sich zieht. Die Entente will uns erst wegzeln machen und uns dann wirtschaftlich knebeln. Wie wir dabei aber Summen von geradezu astronomischen Größenverhältnissen zahlen sollen, das ist ihr Geheimnis.

Neue Steuern werden angeknüpft auf Zucker, Süßholz, Branntwein, Devisen, Versicherungen und auf Achte. Aber heißt wenn der Reichstag, was keineswegs sehr leicht, die alle demühtigen sollte, müden höchstensfalls einige Milliarden Papiergeld herausbringen, welche zu den erkrankten geforderten zwei Milliarden Goldmark außer allem Verhältnis stehen. Wieder müßte die Rentenpreise helfen. Die jetzt bereits 171 Milliarden betragende schwelende Schuld stiege ins Ungewohnte weiter. Damit aber würden wir uns den Geld- und Marktwertverhältnissen Oesterreichs nähern, das uns in dieser Richtung immer nur 1 1/2 Jahre voraus war.

Hätte der Feind auch nur eine Spur von wirtschaftlicher Einsicht, so müßte er seine Forderungen nach Maßgabe der zu erwartenden Gegenleistung herabsetzen. Darf man jooiel haarschnähe Einsicht von Leuten erwarten, deren Augen von Nachsicht geblendet sind?

## Die bayerische Entscheidung.

Gestern vormittag ist im bayerischen Ministerrat die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr beraten worden. Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin war es nicht gelungen, Herrn von Kahr zu einer klaren Stellungnahme zu bringen, während innerhalb der Reichsregierung und den übrigen Vertretern der Länder volle Einmütigkeit herrschte. Wenn die Ententeforderungen auf Entwaffnung der Einwohnerwehr, die dem Friedensvertrag und dem Spa-Verkommen entsprechenden sind, nicht mehr, so ist es klar, daß die Entwaffnung in den Entente-Ländern und auch bei den Neutralen wiederum mit Rechtigtigt gegen den angeführten u. s. f. u. s. f. Militarismus aufgestellt werden kann. Aber auch innerpolitisch würde es, wenn Bayern die Entwaffnung ablehnen sollte, zu schweren Schäden führen. Die Einheitsfront müßte gefährdet werden, und zwar würde in Bayern selber

die innere Erschlüftung nicht ausbleiben. Schon jetzt hat die Sozialdemokratische Partei Bayerns in ihrer Entwaffnungserklärung: „Bleibt die Regierung Kahr auf ihrem Standpunkt bestehen, so bedeutet das in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes einen Bruch Bayerns mit dem Reich. Dieses freudige Spiel der Kahr-Regierung kann und darf die Bevölkerung Nordbayerns nicht mitmachen. Wenn die Kahr-Regierung das Bapertant ins Unglück stürzen will, muß sie allein die Verantwortung tragen. Die bayerische sozialdemokratische Partei erklärt schon heute, daß sie dieser Wahnsinnsthat der Bayern-Regierung Widerstand entgegenzusetzen wird, und daß sie sich auf die Seite des Reichs stellt.“ — Die bayerische Regierung darf in dieser Frage sich nicht an die Rührtrone der Sozialdemokratie überlassen lassen. Sie muß wenigstens Grundtatsachen erklären, die Entwaffnung der Einwohnerwehr durchzuführen. Da die Entente als Termin für die Entwaffnung den 31. März gekürzt hat, so hat Bayern immerhin die Möglichkeit, die Entscheidung in Ruhe zu treffen und sie vorzubereiten. Besonders muß Herr von Kahr für alle Fälle kein grundtatsächliches Einverständnis mit allen Entscheidungen der Reichsregierung geben. Eine Abklärung der Entwaffnung bedeutet Enttätigung der nationalsozialistischen Strömungen in Bayern und damit Schädigung der deutschen Position in London. Wenn man vom vorläufig noch nicht annehmen soll, in London keine Verhandlung zustande käme, und dann die angebotenen Strafmaßnahmen, vor allem weiteres Fortschreiten der Entente: in Deutschland zur Wirklichkeit würde, müßte ja Bayern doch nachgeben. Aus allen diesen Gründen hätte erwartet werden können, daß Herr von Kahr sich in Berlin anders verhalten haben sollte, als er das getan hat. Noch ist bis zur Stunde die Entscheidung des bayerischen Ministerpräsidenten nicht bekannt. Sicher ist das eine, daß auch die gesamte Deutsche demokratische Partei in Bayern sich bedingt an dem Grundgesetz festhält: Nur Deutschland, dem Bayern. Auch sie will die bayerische Einwohnerwehr nicht verächtlich beiseite legen, aber sie will auch nicht um Bayerns willen unabweisbares Unglück über das gesamte deutsche Volk bringen. Dieser Standpunkt wird von allen Demokraten und darüber hinaus von allen Parteien im übrigen Deutschland bestätigt werden. Man darf nur wünschen, daß auch die bayerische Staatsregierung zur gleichen Einsicht gelangt.

## Die überraschte Entente.

Kaas medelt: Der Beschluß der Schweiz, dem internationalen Truppenaufbot für Wilna den Durchzug nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Völkerbundes empfindlich überrascht. Der Völkerbundsrat wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Protest erheben wird.

## Die Londoner Konferenz.

Kreier medlet aus Paris: In dortigen britischen und französischen Kreise werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher als ursprünglich erwartet worden sei. Dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von einseitigen Erwägungen habe lösen lassen.

## Die unmögliche Abrüstung der Ostfeindungen.

Die Pariser Beschlüsse entfallen neben den Wiedergutmachungsfragen bekanntlich auch genaue Vorschriften über die weitere Entwaffnung, insbesondere über die Schließung der noch verbleibenden wenigen Ostfeindungen, wie Königsberg, Swinemünde, Pillau und Küstrin. Unter allen möglichen Vorwänden wird der Versuch gemacht, diese für die Verteidigung Deutschlands unbedingt notwendigen Festungen widerstandslos zu machen. Es erübrigt sich, auf die technischen Einzelheiten einzugehen, es genügt die Feststellung, daß die Ostfeindungen vollständig ihres modernen Verteidigungscharakters entleert werden sollen. Hiergegen müssen wir selbstverständlich immer wieder Einspruch erheben, weil der Zustand im Osten, insbesondere die ungetrübte Lage zwischen Polen und Rußland unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Die Entente müßte doch einsehen, daß sie sich mit der Forderung einer vollständigen Abrüstung im Osten unter Umständen ins eigene Fleisch schneidet.

## Unnötige Entrüstung.

Die großparteiliche Presse, insbesondere die „Deutsche Tageszeitung“, entwirft sich darüber, daß das Preussische Staatsministerium durch Beschluß des Landesökonomiekollegiums aufgehoben hat; je bezeichnet die Beseitigung dieser Körpergröße als einen „Schlag gegen die Landwirtschaft“. Bekanntlich beruhte das Landesökonomiekollegium nicht auf gesetzmäßiger Grundlage, sondern nur auf einer königlichen Verordnung. Seine Zusammenlegung war denkbar einseitig. Von den rund 30 Mitgliedern gehörten etwa 20 dem hochadeligen Grundbesitz an. Die eigentliche Barenerschaft war überhaupt nicht vertreten. Wenn die deutschen Nationalen klärt die Beseitigung des Landesökonomiekollegiums entgegen, so machen sie sich aus schließlich um Veredlung der Rechte des feudalen Großgrundbesitzes. Das landwirtschaftliche Interesse kommt durch die Beseitigung in keiner Weise zu kurz. Wie bekannt, hat die Preussische Landesversammlung den Neuaufbau der Landwirtschaftsämtern auf der

Grundlage des gleichen Wahlrechts aller selbständigen Landwirte beschließen und hiermit der Bauernschaft den maßgebenden Einfluß auf diese wichtigen und selbständigen Körperschaften verschafft. Aus diesen neuen Landwirtschaftsämtern soll dann an Stelle des Landesökonomiekollegiums eine Hauptlandwirtschaftsammer gebildet werden, die dem neuen zeitlichen Bedürfnis entsprechen wird.

## Der Arbeitnachweis-Gesetzentwurf.

Ein Entwurf des Bundes angelegter Chemiker und Ingenieur zeigt die Bedeutung und Wünsche der wissenschaftlichen Kreise zu dem vorliegenden Entwurf eines Arbeitnachweisgesetzes zuzunehmen, der bei seiner Ausarbeitung auf die Bedürfnisse der breiten Arbeiter- und Angestelltenkreise den Eigenarten der akademischen Stellenvermittlung nicht gerecht wird. Wie wir der heute erscheinenden „Sozialen Praxis“ entnehmen, wäre es der überwiegenden Mehrzahl der Angehörigen der wissenschaftlichen Berufe am liebsten, es überhaupt bei dem bestehenden Zustande zu belassen und die wissenschaftlich vorgebildeten Angestellten nicht in das weiche anzubringen. Da aber weder dieser Weg noch ein Sondergesetz für die akademischen Berufe Aussicht auf Vermittlung haben, will sich die Denkschrift mit der Einbeziehung abfinden, stellt jedoch die Bedeutung der besonderen Kreise an. Die wichtigsten der Forderungen sind, daß die Arbeitsvermittlung der wissenschaftlichen Berufe dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung angeschlossen ist und daß die Zentralstelle sachlich geleitet wird. Die Zentralstelle soll der Selbstverwaltung durch die wissenschaftlichen Berufsvereine unterstellt werden. Die Benutzung der Arbeitsnachweise darf nicht obligatorisch gemacht werden. Ordentliche und Landesstellen nachweise für die wissenschaftlichen Berufe werden abgeleitet. Der Zentralstelle sollen die jetzt bestehenden Berufsstellen nachweise angegliedert werden. Der Grundgedanke ist, daß die Zentralstelle die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt erleichtert, aber nicht monopolisieren soll. Daher sollen auch Inhaber, wenigstens für die Fachpreise, nicht verboten werden. Berlangt wird auch, daß für wissenschaftliche Berufe der Hauptgraph über die Nummerfolge bei sonst gleichgearteter Kräfte gestrichen werde.

## Auflösung der württembergischen Einwohnerwehr.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Stuttgart erklärte gestern im württembergischen Landtage der Minister des Innern, Graf, daß er sich in der Entwaffnungszuge in völliger Übereinstimmung mit dem Reichskommissar befinde. Die württembergische Einwohnerwehr werde nach entsprechender Anweisung der Reichsregierung aufgelöst werden.

## Eine „nette“ Mittelstandspartei.

Schon bei den letzten Wahlen trat in Berlin und Umgebung, in Breslau und Westfalen eine sogenannte Mittelstandspartei auf, die sich aus Wirtschaftspartei oder wirtschaftlicher Vereinigung nennt. Sie brachte es überall nur auf wenige Stimmen, der einzige Erfolg dieser Partei war eine Kreisversammlung auf Kosten der bürgerlichen Parteien zugunsten der Sozialdemokratie. Auch bei den bevorstehenden Wahlen hat diese Partei wieder eine Reihe von Kandidaten aufgestellt. Von ganz besonderem Interesse ist die Tatsache, daß für diese sogenannte Mittelstandspartei die anerkanntesten Führer des großen Hausbesitzes und des Großkapitalismus, wie der latium bekannte Kommerzienrat Haberland, der in Lippebach die Zitze führt, landwirtschaftliche Großgrundbesitzer, wie dem Ansehen eintragender Mittelstandsbetriebsleiter, und Epulanten dienende Boden- und Wohnungspolitiker bekannt gemacht. An der ersten Stelle der Landesliste der sog. Wirtschaftspartei steht der ehemalige Reichsminister Abg. Prof. Dr. Warburg, der ebenfalls als ein Förderer des Schuldparasiten des Großhauses und Grundbesitzer hervorgetreten ist. Angehörige dieser Kandidaturen dürfte es nicht unwahrscheinlich sein, wenn die „Mittelstandspartei“ über reichliche Geldmittel zur Wahlkampagne verfügt. Die wirklichen Mittelstandstreiber aber werden wissen, was sie von dieser eigentümlichen Parteigruppe zu halten haben.

## Antisemitische Entartungen.

Für die Landtagswahlen kandidiert in Pöscham II als demokratiesonaler Spitzenkandidat der General-Landespräsident K. Inhardt, sicher ein Mann, der sehr adäquat ist. Aber die Agitation für ihn befragt Herr Wille, der die geistige Erbschaft Altmadts und des Fürsten Küster angetreten hat. Herr Wille vertritt den Kreis im Reichstage. Auch der latium bekannte Knüpplungse wohnt in diesem Kreis und agitiert jetzt mit. Schlimmer aber als diese beiden antisemitischen Obermeister treiben es ihre Zünger. In einer Verammlung in Dahlem, in der der demokratiesonaler Landtagskandidat K. Ullrich referierte, kam es zu unangenehmen Szenen, die von ausserordentlichem Grausamen der Walle und Kunz, verübt wurden. Bei den unmöglichen Gelegenheiten erfolgt der monotone Antisemitismus: „Die Juden, die Juden!“ Nicht nur der demokratiesonliche Oberbürgermeister Dominikus wurde beschuldigt, 3,5 Millionen an eine jüdische Petrol umgewandelt, sondern auch die Minister Dr. Simons und Grotzer wurden als „von den Juden gekauft“ bezeichnet. Antisemitische Schimpfwörter ordneten der Antisemit nicht

